

Wolfgang Pehnt

26. Oktober 2010, Akademie der Künste, Berlin, Pariser Platz 4

Gespräche zu Architektur und Stadt: "Phantomschmerzen"

**Veranstaltung der Akademie der Künste und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung
(vorgetragen von Donata Valentien)**

Von der Staatsmitte zur Stadtmitte

Den Titel, der mir aufgegeben worden ist, „Von der Staatsmitte zur Stadtmitte“, heißt räumlich betrachtet: Es geht um das Areal zwischen dem westlichen Teil der historischen Innenstadt einerseits - Friedrichswerder, Friedrichstadt, Dorotheenstadt, Tiergartenrand - und dem östlichen Teil von Berlin-Mitte bis zum Alexanderplatz andererseits. Der westliche Teil von Berlin-Mitte hat seit 1990 die wesentlichen exekutiven und legislativen staatlichen Einrichtungen der Bundesrepublik und, wenn man die Spreeinsel mitzählt, die nationalen Kulturstätten aufgenommen, der östliche beherbergt schon seit langem kommunale Einrichtungen wie Rathaus, Stadthaus, die mittelalterlichen Pfarrkirchen St. Marien und St. Nicolai und sonstige bürgerschaftliche Unternehmungen. Er zeichnet damit vor, was hier entstehen könnte. Staatsmitte einerseits, Stadtmitte andererseits - grosso modo jedenfalls.

Wir haben es aber auch mit einem zeitlichen, einem historischen Prozess in der Stadtentwicklung zu tun. Bis 1918 hatte das barocke Schloss *den* Repräsentationsort des preußischen Königtums und seit 1871 auch des Deutschen Kaiserreichs dargestellt, war vor dem 19. Jahrhundert auch das Verwaltungszentrum Preußens gewesen. Denn Schlösser waren immer vieles in einem, Repräsentationsort und Verwaltungsbehörde, Kulturzentrum, Wohnbereich für die fürstlichen Familienmitglieder und den Hofstaat, Gästehaus der Monarchen, also Hotel der Luxusklasse; daher ihre Größe.

Bevor Unter den Linden als bürgerliche Flaniermeile und als Allee der staatlichen Umzüge, Paraden, Ein- und Ausmärsche diente, führte der feudale Repräsentationsweg nach Osten, vom Schloss vorbei an Schlüters Großem Kurfürsten auf der Kurfürstenbrücke zum Alexanderplatz, von wo, umgekehrt, die preußischen Könige nach ihrer Krönung in Königsberg durch eigens errichtete Triumphpforten wieder einritten. Sie hieß auch dementsprechend: Königstraße, die heutige Rathausstraße. Das war sozusagen die *Via triumphalis* Preußens, im internationalen Vergleich eine bescheidene Triumphstraße zugegebenermaßen.

Und noch einmal davor hatte der brandenburgische Landesherr, bevor er sich sein Schloss in die Sümpfe der Spree baute, sein Hohes Haus im östlichen Innenstadtgebiet, in der Klosterstraße, gehabt. Es war keine anspruchsvolle landesfürstliche Residenz gewesen, nur zwei Etagen und zehn Meter hoch, aber doch eine feste Bleibe für die Aufenthalte, die der Markgraf, dann Kurfürst in seiner damals nur mäßig ansehnlichen Stadt Berlin nahm. Der Schwerpunkt des Staates hat sich also kontinuierlich aus der östlichen Hälfte des alten Berlin über die Spreeinsel in den westlichen Teil der Innenstadt verlagert, in die Stadterweiterungen des 17. und 18. Jahrhunderts.

Dass alles, was östlich der Spree und nach 1918 auch, was östlich des Kupfergrabens lag, seine Bedeutung für den Staat einbüsste, ist mithin ein Teil jener „Westwanderung“, die Berlin im Laufe seiner Geschichte unternahm: von den altstädtischen Spreeufeln, den Furten und Brücken, zum Westrand des barocken Berlin. Dort fand der Reichstag seinen Bauplatz, dort planten immer neue Generationen ein republikanisches Forum des Staates, siedelten sich die Botschaften um den Pariser Platz an und die Ministerien an der Wilhelmstraße.

Schließlich entstand, noch weiter westlich, im 19. Jahrhundert um Gedächtniskirche und Kurfürstendamm ein weiterer, zweiter oder wenn man so will dritter Stadtmittelpunkt, der in den Jahrzehnten der politischen Teilung in den Augen der westlichen Welt sogar die Stadtvertretung übernehmen konnte. Architektonisches Zeichen der abgespaltenen Weststadt waren Ruine und Neubau der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, in zweiter Linie auch das Rathaus Schöneberg oder der Funkturm auf dem Messegelände. Es spricht für die Lebenskraft Berlins, dass sich die Stadt im Zustand ihrer politischen Teilung in einer anderen, wenn auch historisch weniger ausgezeichneten Mitte, am Kurfürstendamm, einrichten und sogar eine stadtsymbolische Ausstattung ausbilden konnte. Freilich musste das Brandenburger Tor, obwohl im Ostsektor gelegen, auch in der westlichen Stadtdarstellung, auf Prospekten, Briefmarken und in Senatsveröffentlichungen, weiterhin als Hilfssymbol und Sehensuchtschiffre dienen.

Die Neusortierung der Stadtnutzungen und die Westwanderung der zentralstaatlichen öffentlichen Einrichtungen sind also ein seit langem laufender Prozess. Dieser Vorgang ist allerdings in der Zeit der Teilung unterbrochen und vorübergehend reversibel gemacht worden. Die Zentralinstanzen der DDR griffen zurück auf die alten preußischen Standorte der Macht, auf Schlossinsel, Friedrichswerder und Teile von Alt-Berlin. Denn in der DDR waren die Mitte von Berlin-Mitte und ihr östlich angrenzender Teil nicht nur Stadtmitte, sondern auch Staatsmitte. Mit dem Palast der Republik als Versammlungsort der Volkskammer, mit dem Staatsratsgebäude, dem SED-Zentralkomitee, dem Denkmal für ihre fiktiven Gründerväter Marx und Engels, dem Fernsehturm als Ort der medialen Staatspräsenz und dem Alten Stadthaus als Sitz des Ministerrats waren dem Staat und der Staatspartei eine zentrale Position auf der Spreeinsel und zwischen Spreeinsel und Alexanderplatz eingeräumt.

Seit der Wiedervereinigung ist dieser Vorgang, diese Blockade im langfristigen Entwicklungsgang der Stadt, weitgehend wieder aufgehoben worden. Der Palast der Republik ist niedergelegt, das Staatsratsgebäude privatisiert, das DDR-Außenministerium abgerissen, das Außenministerium der neuen Bundesrepublik zur Seite, auf den Friedrichswerder, gerückt, das Stadthaus am Molkenmarkt, in dem der DDR-Ministerrat saß, dem Land Berlin zurückgegeben. Der Prozess, der auf dem Terrain zwischen Schloss und Alexanderplatz vor der Existenz der DDR bereits von der Staatsmitte zur Stadtmitte geführt hatte, ist also noch einmal durchgespielt worden, die vierzigjährige, also vorübergehende Revision der Westentwicklung - in den Maßstäben der Stadtgeschichte eine kurze Epoche - wieder revidiert worden.

Was besagt das für heutiges Planungsdenken? Hans Stimmann, der in wechselnden Funktionen das städtebauliche Schicksal Berlins seit 1991 beeinflusst, wenn nicht

bestimmt hat, nannte sein Buch aus dem Vorjahr provokativ „Berliner Altstadt“. Provokativ, weil er zu recht feststellte, dass kein Mensch in Berlin etwas mit dem Begriff Altstadt anzufangen weiß. Denn das Nikolaiviertel mit seinen wenigen erhaltenen oder translozierten Bauten und dem heroischen Versuch, im übrigen mit dem Plattenbau städtische Enge und Gemütlichkeit zu spielen, wird niemand als vollgültigen Altstadtersatz nehmen, auch wenn hier die Glöckchen vom Weihnachtsmarkt das ganze Jahr zu klingeln scheinen. Rechtfertigen diese Verluste den Versuch, den Bereich zwischen Schloss und Alexanderplatz und um den Molkenmarkt in Richtung Altstadt zu rekonstruieren, wenigstens was die kleinteilige Parzellenstruktur und den engen Straßenzuschnitt betrifft?

Der Teil der Mitte zwischen Ex-Schloss und Alexanderplatz hat Geschichte in mehreren Schichtungen erlebt, wie jeder Teil der Stadt. Welche von ihnen verpflichtet uns, an ihr weiterzuarbeiten? Die älteste ist die der mittelalterlich-frühneuzeitlichen Stadt, nicht einer einzigen, denn was wir heute als das Kern-Berlin empfinden, setzte sich bekanntlich aus den beiden Pfarrbezirken St. Marien und St. Nikolai, dem eigentlichen Berlin, *und* dem Pfarrbereich der verloren gegangenen Petrikirche zusammen, der damals als Cölln firmierte, als Doppelstadt, die erst spät den Namen Berlin für beide Teile übernahm. Der Stadtgrundriss ergab sich in dieser Stadt der Händler, Fischer, Schiffer und Ackerbürger, fünftausend etwa an der Zahl, jeweils aus den Bedingungen der Zeit. Vor allem die Sicherheitsrücksichten verlangten große Dichte innerhalb der Stadtmauer, später des kurzfristig bestehenden Bastionensystems.

Die zweite Schicht, die des barocken und nachbarocken Berlin, brachte Maßstabsveränderungen für Bau und Stadtbild mit sich, den barocken Ausbau des Residenzschlosses, die Anlage repräsentativer Achsen wie der Königstraße (noch einmal: heute Rathausstraße) und Unter den Linden, die Torplätze der Friedrichstadt, die Einfügung monumentaler Großbauten wie der Dom an seinen wechselnden Standorten, das Rathaus, der Marstall, die Oberpostdirektion, das Stadthaus, das Landgericht. Aufweitungen der Straßenprofile und Straßendurchbrüche waren laufende Anpassungsprogramme an die hauptstädtischen, dann weltstädtischen Bedürfnisse. Der Maßstab der Bauten wie der Stadträume sprang von den Größenordnungen einer dem Mittelalter entronnenen Residenzstadt in die einer neuzeitlichen europäischen Metropole.

Die DDR hat eine dritte Zeitschicht darüber gelegt. Jetzt wurden die städtebaulichen Regeln der Moderne ohne Rücksicht auf historische Gegebenheiten und private Eigentumsverhältnisse angewandt und mit den Repräsentationsforderungen einer sozialistischen Metropole abgeglichen: Aufmarschstraßen, die für den Alltagsverkehr viel zu breit ausgelegt waren, Versammlungsorte wie den riesigen Platz an Stelle des abgerissenen Schlosses, den gewaltigen Zug vom Palast der Republik über Marx-Engels-Forum und Fernsehturm und dann mit dem Drehpunkt Alexanderplatz die Schwenkung in die Karl-Marx-Allee. Immer war der Blick den Füßen um Meilen voraus, immer blies der Ostwind scharf die breiten Schneisen entlang.

Die eine Alternative, ein Rückgriff auf die frühneuzeitliche Stadt, verspricht Nähe, Enge, Intimität. Ich vermute, dass bei der gegenwärtig populären Welle des Retrodesign diese Variante die größte Popularität hat. Dann bedeutete die

Entscheidung: städtebauliche Rekonstruktion, obwohl niemand sich der Illusion hingeben sollte, die historische alte Stadt könne auf diese Weise wiedererstehen. Rekonstruktion könnte nur heißen, was in der Stadt seit Kleihues „*kritische* Rekonstruktion“ heißt. Selbst Stadthäuser mit 6 m Frontbreite rufen nicht die Altstadt zurück, sondern erzeugen - siehe Werderscher Markt - bestenfalls den Eindruck von chaotischem Individualismus, ein bisschen lächerlich wie die postmoderne Saalgasse in Frankfurt.

Für die dritte Alternative, eine Fortsetzung der Zeitschicht DDR-Moderne, ließe sich Weite, Fernblick, Großzügigkeit, Durchgrünung ins Feld führen. Aber diese Eigenschaften waren auch in der DDR nicht Endzweck, sondern standen in engem Zusammenhang mit der Hauptstadtfunktion eines zentral gesteuerten Staates, der hier seine gelenkten Massenveranstaltungen abhielt. Die staatlichen Institutionen, inzwischen demokratisch verfasst, haben auf ihrem Wege in Richtung westliche Innenstadt das Terrain längst verlassen. Sie brauchen diese megagroßen Freiräume nicht mehr, und wir sie auch nicht. Aber einer Überlegung wert bleibt es, ob nicht ein Teil dieser Weite, jetzt domestiziert und auf Fußgänger-Maße herab gebrochen, der Stadt verbleiben sollte. Die langen Perspektiven und großen Flächen, das, was Karl Scheffler das „Kolonialstädtische“ nannte, hat stets zum nachmittelalterlichen Berlin gehört.

Bleibt die mittlere Zeitschicht, die des groß- und weltstädtischen Umbaus von Berlin-Mitte im 18., 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Das ältere Substrat der östlichen Stadtmitte, in das alle Veränderungen damals gesetzt worden waren, ist bis auf eine Reihe größerer Einzelbauwerke verloren. Verloren, nämlich abgewandert sind auch die gesamtstaatlichen Institutionen. Hier gilt jetzt die moralische Zuständigkeit der Kommune und des Landes Berlin. Marienkirche, Rotes Rathaus und Stadthaus sind erhalten oder restauriert, aber stehen wie ungebetene Gäste auf viel zu großem Parkett herum. Ihnen das maßstabgebende Umfeld zu verschaffen, sie in gefasste Plätze einzuhausen, liegt so nahe, dass es darüber keinen Streit geben müsste.

Es wäre die Konsequenz aus der historischen Westwanderung der staatlichen Institutionen, die hier der Kommune das Feld überlassen haben. Das ehemalige Marx-Engels-Forum zwischen Spree und Spandauer Straße könnte innerstädtischer Park bleiben, sozusagen als Garten, der zu jedem Schloss gehörte; oder meinetwegen einem Wasserbassin weichen, in dem sich die City spiegelt, wie es sich in den vielen Konkurrenzen von 1958 bis zur Bürgerwerkstatt 2009 manche Architekten vorgestellt haben, wenn auch in überzogener Form.

Was inhaltlich aus dem Schloss wird, sofern es denn gemäß Parlamentsbeschluss mit drei Barockfassaden rekonstruiert werden sollte, kann nicht ohne Einwirkung auf den bürgerlichen Bereich östlich der Spree bleiben. Wenn tatsächlich größere Teile der Dahlemer Sammlungen hierher zögen, hieße das: Der museale Kulturbezirk würde von der Museumsinsel aus weiter südlich geführt und zu einem Riegel der Museen ausgeweitet, also einschließlich Schloss. Die *jetzige* Museumsinsel liegt ideal: zentrumsnahe und doch in *splendid isolation*. Überspringen die Museen den Lustgarten und verleiben sich große Teile des Schlosses ein, so entsteht hier, fürchte ich, eine Kulturbarriere, ein Riegel der musealen Funktionen, der nicht den

Mischungsgrad erreicht, der für eine lebendige Stadtmitte notwendig ist. Denn außerhalb ihrer Öffnungszeiten wirken Museen nicht unbedingt als städtische Katalysatoren.

Ich würde mir das Schloss als eine gebaute Allmende wünschen, als ein Haus des Volkes, mit gemischten, und zu unterschiedlichen Tageszeiten genutzten Einrichtungen, mit Konferenz- und Versammlungssälen, mit einem oder zwei bescheidenen Museen, in denen die Geschichte des Schlosses und die einstige Wunderkammer als Vorläufer des Museums erinnert würden, mit einem - falls gebraucht - Kammermusiksaal, der kleiner als die sogenannte Kleine Philharmonie wäre, mit freihändig nutzbaren Teilen der Stadt- und Amerikabibliothek, die mit ihrem öffentlich zugänglichen Bestand hierher und nicht aufs Tempelhofer Feld gehört. Ein solcher perforierter Bau, ob in Stellas Maskeradenarchitektur oder nicht, würde sich besser mit dem östlich anschließenden Bereich der Stadt verbinden als ein weiteres Großmuseum der Stiftung Preußischer Kulturbesitz namens Humboldt-Forum.

Alles andere ist für mich offen und muss von den Inhalten her bestimmt werden. Zu denen gehören städtisch, nicht staatlich geprägte Aufgaben, größere Bürgernähe, Rücksicht auf das Vorhandene, aber auch dessen Inszenierung und Implementierung, kleinere Körnigkeit und Komplexität der Struktur, ein Stück Alltäglichkeit, jedoch auch die Attraktion eines zentralen Ortes. Wir sind auch hier noch in der Mitte der Stadt, und ohne „Attraktoren“, ohne „Hingucker“ kommt eine große Stadt heute, in der globalen Konkurrenz der Kommunen, nicht aus.

In Berlin scheint man sich anzugewöhnen, die Planspiele mit dem Blick auf die pure Ästhetik zu betreiben. Das Schloss soll wieder her, weil es einen gediegenen Abschluss von Unter den Linden bildete und wieder bilden soll und nicht, weil man es brauchte. Die Petrikirche soll neu erfunden werden, weil man mit ihr die Rollbahn der Gertraudenstraße auflockern könnte und ein weiterer Turm sich gut machte und nicht, weil man sie brauchte; denn überall im Lande geben die Amtskirchen die Kirchen auf statt neue zu errichten.

Erst kommt der Entwurf und dann wird sich ein Zweck schon finden: Das ist Städtebau des Scheins. Ich wünsche mir einen Städtebau, der Sinn und Gebrauch gleichzeitig und gemeinsam mit Form und Gestalt bedenkt.

(alle Rechte liegen beim Autor)